

Vertraulich

131/II

9 Blatt

22. 2. 1990

Haltung der sowjetischen Führung zur Vereinigung der beiden deutschen Staaten

1. Nach dem Kohl-Besuch in Moskau haben Vertreter der sowjetischen Führung wiederholt zur Vereinigung der beiden deutschen Staaten Stellung genommen. Die sowjetischen Positionen wurden dabei weiter präzisiert. Das unmittelbar aufeinanderfolgende Auftreten von Michail Gorbatschow (Prawda-Interview am 20. 2. 1990) und von Eduard Schewardnadse (in Ottawa am 15. 2. 1990; Iswestija-Interview am 19. 2. 1990, siehe Anlage) nach Diskussionen auf dem letzten Plenum des ZK der KPdSU und augenscheinlich auch im Obersten Sowjet zur Vereinigung beider deutscher Staaten verdeutlicht, daß in der Sowjetunion die intensive Suche nach akzeptablen Lösungswegen anhält.

Mit dem Prawda-Interview Gorbatschows war offensichtlich beabsichtigt, nunmehr den offiziellen Standpunkt unmißverständlich zu artikulieren, den Konsens in der Führung zu sichern, Befürchtungen in der Bevölkerung wie in der Armee entgegenzutreten und einseitige Interpretationen der Ergebnisse des Kohl-Besuchs den Boden zu entziehen. Es ist Ausdruck der Erkenntnis, daß eine klare Konzeption und zügiges Handeln Voraussetzung für die Absicherung der Interessen der UdSSR als Großmacht sind. Sichtbar wird die Entschlossenheit der Sowjetunion, alle ihre Möglichkeiten auszuschöpfen, um ein schrittweises und konzertiertes Vorgehen im Vereinigungsprozeß zu gewährleisten.

Ausdrücklich wird die Initiative von Hans Modrow vom 1. Februar unterstützt.

2. Mit dem Hinweis auf die zahlreichen Initiativen der UdSSR und der DDR Ende der 40er und in den 50er Jahren zur Errichtung eines einheitlichen deutschen Staates wird die Kontinuität in der sowjetischen Deutschlandpolitik hervorgehoben und nachgewiesen, daß die

Sowjetunion das Recht des deutschen Volkes auf Selbstbestimmung nie in Frage gestellt hat. Das wird unterstrichen durch die Tatsache, daß Gorbatschow die Akzeptanz des "Briefes zur deutschen Einheit" der BRD-Regierung beim Abschluß des Moskauer Vertrages ausdrücklich und erstmals öffentlich erwähnt.

3. Neu für die gegenwärtige sowjetische Position ist, daß die Notwendigkeit eines Friedensvertrages mit Deutschland wieder aufgegriffen wird. Das würde nach sowjetischer Auffassung die Möglichkeit bieten, völkerrechtlich verbindlich den Status Deutschland in den europäischen Strukturen festzuschreiben und Garantien für die Sicherung der Interessen der vier Mächte und aller anderen Staaten des Kontinents zu schaffen. Damit wird auch deutlich, daß die UdSSR von der uneingeschränkten Gültigkeit der Vereinbarungen von Jalta und Potsdam ausgeht.
4. Der Aufenthalt der sowjetischen Truppen auf dem Territorium der DDR wird im Kontext der Rechte und Verantwortlichkeiten der vier Siegermächte gesehen. Deshalb wird die Regelung dieser Frage im untrennbaren Zusammenhang mit dem abzuschließenden Friedensvertrag und bedeutenden Fortschritten bei der konventionellen Abrüstung in Europa gestellt.
5. Nachdrücklich wendet sich die Sowjetunion gegen eine Mitgliedschaft des vereinten Deutschlands in der NATO, da dies eine empfindliche Störung des militärstrategischen Gleichgewichts zwischen dem Warschauer Vertrag und der NATO nach sich ziehen würde. Unter Hinweis auf die stabilisierende Rolle beider Paktsysteme wird gewarnt, daß die UdSSR einer Eingliederung der DDR in die NATO nicht tatenlos zusehen wird. Zugleich wird herausgestellt, daß der Prozeß der Annäherung und Einheit der beiden deutschen Staaten sich nicht im Rahmen der Militärblöcke, sondern vor allem in den gesamteuropäischen Strukturen vollziehen muß. Das beinhaltet eine synchron zum Einigungsprozeß zu vollziehende Formierung einer neuen Struktur der europäischen Sicherheit bei Ablösung der Blöcke.

6. Prinzipiell wird gefordert, daß der Prozeß der Vereinigung nicht künstlich beschleunigt werden darf. Ein vereinigtes Deutschland müsse gewährleisten, daß die bestehenden Grenzen der europäischen Staaten anerkannt werden, es keine Bedrohung für seine Nachbarn darstellt und ein Wiedererstehen von Faschismus und Nazismus ausgeschlossen wird.

7. Zunehmend werden die ökonomischen Interessen der UdSSR, die sich aus der engen volkswirtschaftlichen Verflechtung zwischen der Sowjetunion und der DDR ergeben, herausgearbeitet. Prinzipiell wird die Auffassung vertreten, daß eine Währungs- und Wirtschaftsgemeinschaft beider deutscher Staaten für die Sowjetunion vorteilhaft ist.

Anhang

Aus dem Interview E. A. Schewardnadses für die Iswestija

-Ich bin der Auffassung, daß es eine überaus komplizierte Angelegenheit ist, sich mit Voraussagen in der Politik zu befassen. Dennoch würde ich gerne Ihre Prognose erfahren. In welchem Zeitraum und auf welchem Wege wird die Vereinigung Deutschlands erfolgen? Welche Variante ist am akzeptabelsten für die Sowjetunion?

-Mir erscheint die Konzeption von DDR-Regierungschef Hans Modrow sehr interessant. Er hat einen sehr vernünftigen und ausgewogenen Plan unterbreitet. Vertragsgemeinschaft, konföderative Beziehungen, Föderation und schließlich die Vereinigung Deutschlands mit der Hauptstadt in Berlin als abschließender Etappe. D. h. es geht um Etappen, Modrow anerkennt, daß die Vereinigung ein allmählicher Prozeß ist.

Zugleich ist es schwierig, der Position einiger Führer zuzustimmen. Sie haben das deutsche Problem (besonders all das, was mit der DDR zusammenhängt) zum Gegenstand des Wahlkampfes gemacht. Die Führer verschiedener Parteien scheinen untereinander zu wetteifern, wer die radikalsten, revolutionärsten Lösungen aufstellt.

Im Gespräch mit Genscher habe ich ihn ersucht, über die möglichen Konsequenzen nachzudenken. Ich habe daran erinnert, daß die UdSSR ihr gewichtiges Wort noch nicht gesagt hat. Es soll niemand denken, Moskau bleibe teilnahmslos, wenn ein vereinigtes Deutschland in die NATO eintritt. Wir haben einige Varianten in petto.

Ein weiterer Problemkomplex ist der ökonomische. Im Laufe der Jahrzehnte haben sich die Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der DDR herausgebildet. Meines Erachtens gewinnt die UdSSR nur, wenn die DDR und die BRD eine einheitliche Währung haben werden. Heute liefert die Sowjetunion 17 Millionen Tonnen Erdöl in die DDR. Wenn wir es zu Weltmarktpreisen und Valuta verkaufen, bringt das einen gewaltigen Gewinn. Dasselbe gilt für Erdgas, Baumwolle, Eisenerz und viele andere Ressourcen.

Oder nehmen wir die andere Seite. Etwa 60 bis 70 Prozent des Exports einiger Industriezweige der DDR wird auf dem sowjetischen Markt realisiert. Offen gesagt entsprechen diese Erzeugnisse bei weitem nicht immer dem Weltstandard, sie finden im Westen keine Nachfrage. Wenn ein vereinigtes Deutschland entsteht, wird es zwischen uns andere Beziehungen geben, und die wirtschaftlichen Beziehungen werden sich neu gestalten. An wen sollen in diesem Fall die Waren verkauft werden, die auf dem Territorium der heutigen DDR hergestellt wurden? Hier werden ernste Probleme auftauchen.

Ich habe all das ins Gedächtnis gerufen, um an einem konkreten Beispiel zu zeigen, wie kompliziert der Prozeß der Vereinigung der Staaten ist.

Sie haben nach Zeiträumen gefragt... Prognosen abzugeben ist wirklich nicht einfach. Aber ich denke, daß die Vereinigung nicht so schnell vonstatten geht, wie es in Bonn vorausgesagt wird.

Aller Wahrscheinlichkeit nach werden einige Jahre nötig sein.

- Wie kann der deutsche Aspekt sich auf den Integrationsprozeß in Europa auswirken?
- Uns beunruhigt, daß der Prozeß der Vereinigung Deutschlands den Lauf der europäischen Integration überholt. Darüber sind nicht nur wir besorgt, sondern auch die Franzosen und Engländer. Es darf nicht zugelassen werden, daß die sich in Deutschland vollziehenden Veränderungen den Bau des europäischen Hauses hemmen.

- Bekannt ist, daß in Ottawa bei der Annahme der Erklärung zur deutschen Frage erbittertster Streit entbrannte. Worum?

- Die westlichen Vertreter beharrten auf einer solchen Formulierung: Die Minister der 6 Staaten treffen sich zur Erörterung des deutschen Problems nach den Wahlen in der DDR am 18. März. In dieser Fassung wäre das eine sehr gefährliche Deklaration. Es kam so heraus, daß wir faktisch das Schicksal der gegenwärtigen Führung der DDR vorbestimmten, daß wir vom Fakt ihrer Wahlniederlage ausgehen und bevorzugen, es mit jenen Kräften zu tun zu haben, die jetzt in der Opposition sind.

Die sowjetische Seite hat sich kategorisch gegen diese Formulierung ausgesprochen. Wir erklärten, daß, wenn die BRD und ihre Verbündeten darauf bestehen werden, die Unterzeichnung der Erklärung platzen und keinerlei "Sechs" gebildet wird. Schließlich wurde die Erwähnung des 18. März fallengelassen.

- Haben Sie nicht den Eindruck, daß wir in der deutschen Frage eine gewissen Zeit hinter dem Lauf der Ereignisse zurückgeblieben sind?

- So würde ich es nicht sagen. Ein Zurückbleiben gab es, doch nicht bei uns. Ich bin überzeugt, daß, wenn die Führer der DDR rechtzeitig (sagen wir, vor zwei Jahren) mit Reformen begonnen hätten, die Situation heute eine andere wäre. Doch sie haben hartnäckig auf ihrer Meinung beharrt: Wir haben den Sozialismus errichtet, wir brauchen keinerlei Korrekturen, wir gehen den richtigen Weg, alle sozialen Probleme bei uns sind gelöst ... Honecker hat die Stimmungen seines Volkes nicht gespürt. Dadurch ist Zeit für Reformen unwiederbringlich verlorengegangen.

Aber was hätten wir tun sollen? Schließlich haben wir doch Honecker unsere Position nicht aufzwingen können. Eines der Grundprinzipien des neuen Denkens ist der Verzicht auf Diktat, auf Einmischung in die inneren Angelegenheiten ... Obwohl wir verstanden, daß die Führer dieses Landes früher oder später auf sehr ernste Schwierigkeiten stoßen werden. Ebenso wie die tschechoslowakischen Führer. Das mußte man einfach sehen.

Es genügt daran zu erinnern, wie das Volk in Prag und Berlin Gorbatschow empfing. Es begrüßte ihn als Retter, es bat zu helfen, Einfluß zu nehmen ...

Wenn Jakes nach seiner Machtübernahme mit ernstesten Reformen des ökonomischen und politischen Systems begonnen hätte, dann, denke ich, würden auch in der Tschechoslowakei viele Fragen heute nicht so akut sein...

Mit Ceausescu - dort ist es natürlich komplizierter. Er war überzeugt, daß er gerade jene Gesellschaft errichtet, die den Interessen jedes Rumänen entspricht. Aber dann erwies sich ...

Ich erinnere mich, wie Genosse Worotnikow vom letzten Parteitag der Rumänischen Kommunistischen Partei zurückkehrte - das war vor einigen Monaten. "Ich bin müde," sagte er. "Wovon?" "Während des Berichtes Ceausescus stand ich fünfundsiebzimal auf. Was sollte man tun? Der gesamte Saal stand auf, sollte ich da allein sitzenbleiben?" Und Stscherbitzki, der am vorangegangenen Parteitag teilnahm, hatte auch gezählt. Damals waren es nur 65 Mal. Starker Applaus, der in Ovationen überging, allgemeine Begeisterung ... Und in zwei Tagen brach alles zusammen.

- Inwieweit ist Ihrer Meinung nach die Möglichkeit eines Zerfalls des Warschauer Vertrages wahrscheinlich?

- Ich glaube nicht, daß eine solche Perspektive wahrscheinlich ist. Solange die deutsche Frage nicht gelöst ist, sind die Tschechen und erst recht die Polen an Garantien für die Stabilität interessiert. Und gerade der Warschauer Vertrag bietet solche Garantien.

8

Eine andere Sache ist die Frage des Aufenthalts sowjetischer Streitkräfte auf dem Territorium der verbündeten Staaten. Wir haben bereits unsere Bereitschaft erklärt, alle unsere Kontingente aus der Tschechoslowakei und Ungarn abzuziehen. Wenn es die polnische Regierung wünscht, sind wir einverstanden, auch Verhandlungen über den Aufenthalt sowjetischer Streitkräfte in Polen zu beginnen. Es stimmt, daß der Außenminister Skubiszewski mir gesagt hatte, daß die polnische Führung nicht die Frage des Abzugs der Streitkräfte stellt. Es gab einzelne Äußerungen polnischer Politiker und Journalisten über die Notwendigkeit, die sowjetischen Streitkräfte abzuziehen... Das ist aber nicht die offizielle Haltung der Regierung des Landes.

- Wenn Deutschland keinem Militärblock angehören wird und in gewissem Grade außer Kontrolle bleibt, gibt es dann in diesem Falle nicht ein Anwachsen von Neofaschismus, Revanchismus und Militarismus? Wird dann ein neutrales, unabhängiges Deutschland für die europäische Stabilität nicht gefährlicher als ein Deutschland, das zur NATO gehört?

- Wenn Sie so urteilen, dann gehen Sie von der Prämisse aus, daß die NATO unverändert bleibt und keinerlei Evolution erfährt. Derartige Garantien gibt es aber nicht. Heute ist alles in etwa gut, zu allen NATO-Ländern haben wir normale, zivilisierte Beziehungen, morgen jedoch kann die Situation eine andere sein...

In der Welt ändert sich alles mit einer schwindelerregenden Geschwindigkeit. Plötzlich aber kommt nach einer gewissen Zeit in Frankreich, oder sagen wir in Großbritannien ein Diktator an die Macht? Oder in der Sowjetunion? In meiner Rede auf dem jüngsten Plenum des ZK sagte ich, daß, wenn die Perestrojka scheitert, es die Gefahr der Errichtung einer Diktatur gibt. Eine solche Variante ist auch in Polen nicht ausgeschlossen.

Darum legte ich in meiner Rede auf dem Treffen in Ottawa den Akzent vor allem auf die europäischen Strukturen. Gerade in ihrem Rahmen und nicht im Rahmen der Militärblöcke muß der Prozeß der Annäherung, der Einheit der beiden Deutschlands verlaufen.

- Wie ist Ihre Meinung, warum haben in jüngster Zeit unsere Konservativen aktiv die "deutsche Karte" gespielt, und warum malen sie die Zukunft Europas und der UdSSR nach der Vereinigung Deutschlands in schrecklichen Farben und bezichtigen dabei Gorbatschow, daß er angeblich diesem Prozeß gegenüber Nachsicht übe?

- Warum? Um die Perestrojka aufzuhalten und um die Führung des Landes zu diskreditieren. Sie stellen alles in Zweifel - sowohl unsere Innenpolitik als auch unsere Außenpolitik. Sowohl die Demokratie als auch den politischen Pluralismus, den wir anerkannt haben. Obwohl sie hervorragend verstehen, daß wir nicht anders handeln konnten, einfach nicht das Recht dazu hatten.

Ein Genosse, der auf dem Plenum auftrat, sagte: noch vor kurzer Zeit war die Sowjetunion ein großer Staat, der Autorität genoß, über den die ganze Welt entzückt war. Und es gab Osteuropa - die Garantie unserer Sicherheit... Es scheint so, als hätten wir all das zerstört - sowohl die Größe als auch die Garantie...

Und was stand hinter all dem? Wir wußten, worüber man entzückt war... Wir haben Truppen in die Tschechoslowakei entsandt, die progressiven Keime vernichtet. Meint man, daß die Welt darüber entzückt war? In Ungarn haben wir 1956 "Ordnung geschaffen". Auch Europa war entzückt? Wir gingen nach Afghanistan. Wie wurde das damals genannt - internationalistische Pflicht? Richtig muß es Eindringen genannt werden. Und erneut geriet die Welt in Entzücken? 128 Staaten stimmten in der UNO gegen uns - für jene Resolutionen, die unsere Afghanistan-Politik verurteilten. So sieht der Grad des "Entzückens" aus! Und bei uns stellt man auch jetzt erstaunte Fragen: Wie kann es sein, daß eine riesige Macht mit einer 5-Millionen-Armee nicht in der Lage war, mit dem kleinen Afghanistan fertig zu werden?!